



Michael Stumpf
Landespartei sekretär
FPÖ-Wien

„Mögest Du in interessanten Zeiten leben!“

Dieser Satz mag zwar im ersten Moment wie ein gutgemeinter und frommer Wunsch klingen – jedoch ist das komplette Gegenteil der Fall. Es ist ein altchinesischer Fluch, genauer gesagt eine Verwünschung. „Interessante Zeiten“ sind historisch betrachtet immer Zeiten, in denen viel passiert. Kriege, Umstürze, Aufstände und daraus resultierende Situationen, mit der die Menschen klarkommen müssen. Doch sind es nicht nur blutige Umstürze, Kriege oder andere Megakrisen, die mit dieser chinesischen Verwünschung in Verbindung stehen müssen. Es reicht auch ein aus China stammendes Virus, das unsere gewohnten Lebensbedingungen vollkommen auf den Kopf stellt. Für die regierenden Politiker bietet es allerdings nur einen allzu willkommenen Vorwand, die damit einhergehende fortschreitende Entmündigung der Bürger zu legitimieren, die Unterordnung der Politik gegenüber Wirtschaftszweigen, Konzernen, Partei – oder Einzelinteressen voranzutreiben, die Freiheit der Bürger weiter einzuschränken und die totale Überwachung einzuführen.

Gegenwärtig erleben wir definitiv „interessante Zeiten“.

Diesen schwarz-grünen Machenschaften müssen wir Freiheitliche mit einer umso größeren Vehemenz entgegentreten. Unser Ziel ist klar: „Mögen wir wachsam sein! Und mögen wir alles unternehmen, um unsere Freiheit zu bewahren und unsere Normalität wieder zurückzuerlangen!“ Dafür kämpfen wir.

Euer
Michael Stumpf
Landespartei sekretär FPÖ-Wien

Mail: michael.stumpf@fpoe.at
Telefon: +43 1 4000/81797.

Stadtrechnungshof bestätigt Auszahlung der Grundversorgung an nicht anspruchsberechtigte Migranten

Nach einem Prüfansuchen der FPÖ bestätigt jetzt der Stadtrechnungshof in seinem Bericht, dass nicht anspruchsberechtigte Migranten Grundversorgung erhalten haben. „Die Migrationswelle ab dem Jahr 2015 hat dazu geführt, dass im roten Wien sämtliche Kontrollmechanismen ausgesetzt wurden und das Füllhorn über Sozialmigranten ausgeschüttet wurde“, kritisiert der Wiener FPÖ-Chef, Stadtrat Dominik Nepp.

Weiters wird vom Stadtrechnungshof bestätigt, dass Migranten unverhältnismäßige Zusatzleistungen zur Grundversorgung erhalten haben.

Besonders skandalös ist der Umstand, dass Migrantenvereine ganz offensichtlich das System ausgenutzt und abkassiert haben, indem sie in Asylunterkünften Personen angegeben haben, die gar nicht dort wohnhaft waren.

Im Bericht wird auch aufgedeckt, dass Leistungen aus der Grundversorgung ausbezahlt wurden, obwohl gar kein Asylantrag gestellt wurde. Außerdem wurde der Verdacht der FPÖ bestätigt, dass man seitens der Stadt Wien auch Leistungen an Asylwerber gezahlt hat, die während des Asylverfahrens in ihr Heimatland, aus dem sie geflüchtet sind, gereist sind.

Hier handelt es sich jedoch nur um die Spitze eines Eisberges, weil nur jene Fälle aufgedeckt wurden, die sich aufgrund von Flugdaten nachverfolgen ließen.

Die FPÖ-Wien wird daher politisch erneut Initiativen starten, die darauf abzielen, die Willkommenspolitik für Sozialmigranten zu beenden und wieder eine Politik für die österreichischen Staatsbürger sicherzustellen.

Bleibe auch digital stets informiert!

Folge uns auf



instagram.com/fpoe_wien



facebook.com/fpoe_wien



Internet www.fpoe-wien.at



Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S



StR. Dominik Nepp, gf. Landesparteiobmann

Liebes Parteimitglied!

Es ist mir eine Freude, den neuen FPÖ-Wien Infobrief vorstellen zu dürfen, den Du nun in der Hand halten kannst. Wenngleich ich auch zugeben muss, dass meine Freude ein wenig getrübt ist: Wir erleben gerade eine trostlose Zeit, wo im Zuge des mittlerweile dritten Lockdowns von der schwarz-grünen Bundesregierung persönliche Kontakte erschwert, ja teilweise sogar verunmöglicht werden. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte einen historischen Höchststand, Unternehmer kämpfen um ihr Überleben und die Menschen werden in ihrer Verzweiflung und Perspektivlosigkeit vollkommen alleine gelassen.

Das, was sowohl diese realitätsferne Bundesregierung unter ÖVP und Grüne als auch die Wiener Stadtregerung unter SPÖ und NEOS vollkommen negiert, ist die Tatsache, dass im Zuge dieses Endlos-Lockdowns persönliche Einzelschicksale zerstört werden.

Gastronomie und Hotellerie müssen in ihrem Überlebenskampf zittern, ob sie im März öffnen dürfen. Egal ob Friseur, Kellner, Lehrlinge, kleine Handelsunternehmer – die Opferzahlen dieses schwarz-grünen Vernichtungsfeldzuges gegen die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft ließe sich endlos aufzählen. Durch die Schulschließungen wird auch die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen verspielt. Statt eine Evaluierung aller Maßnahmen, setzen die verantwortlichen Politiker auf Drohgebärden, Angst- und Panikmache.

Die FPÖ präsentierte daher einen Fünf-Punkte-Plan, welcher folgende Maßnahmen beinhaltet:

- ▶ Ein sofortiges Ende des Lockdowns
- ▶ Ehrliche und transparente Daten als Entscheidungsbasis
- ▶ Eine verpflichtende Überprüfung und Begutachtung aller bisherigen und künftigen Maßnahmen
- ▶ Einen konsequenten und rascheren Schutz der Bevölkerung über 75 Jahre und der Risikogruppen
- ▶ Eine Aufstockung der Behandlungskapazitäten und der Kapazitäten der Gesundheitsbehörden

Wenn es nämlich so weitergeht, wie es bis jetzt der Fall war, dann werden die Langzeitfolgen für die Menschen in unserem Land dramatisch aussehen. Die Österreicher wollen nicht mehr weiter in Isolation und in Angst verharren – sie wollen ihre Freiheit, ihre Selbstbestimmung und ihre Normalität zurück.

Auch innerhalb unserer Gesinnungsgemeinschaft kommen die für uns so wichtigen per-

sönlichen Kontakte, die gemütlichen Stammtische, unsere Veranstaltungen und Infoabende viel zu kurz – dieser Umstand ist alles andere als erfreulich, weshalb wir über diesen Infobrief die Möglichkeit, über unsere Arbeit in Wien zu informieren, aufrechterhalten wollen.

Dieser Infobrief wird daher alle zwei Wochen postalisch an alle Mitglieder versendet - solange, bis die ersehnte Normalität, für die wir jeden Tag kämpfen, erneut einkehrt.

Es ist mein großer Wunsch, dass wir einander ehestmöglich wieder persönlich begegnen können, um miteinander zu sprechen, unsere Gedanken auszutauschen und in geselliger Runde Freunde zu treffen.

Bis dahin steht Dir mein Büro jederzeit für Anliegen, Anfragen und Kontaktaufnahme zur Verfügung!

Wir haben dafür extra eine Ombudsstelle eingerichtet. Diese erreichst Du unter: ombudsstelle@fpoe-wien.at oder telefonisch +43 1 4000/81797

Dein

Dominik Nepp
Gf. Landesparteiobmann FPÖ-Wien, Stadtrat

Liebe Parteimitglieder,
Liebe Freunde!

Die Rathausfraktion der FPÖ-Wien blickt voller Tatendrang ins neue Jahr 2021. In den kommenden Sitzungen des Gemeinderates und Landtages werden wir mit einer Vielzahl an Initiativen, Anträgen und Anfragen aufwarten.

So möchten wir etwa Aufklärung darüber erhalten, was die ehemalige SPÖ-Finanzstadträtin Renate Brauner in ihrer künstlich geschaffenen und hochdotierten Funktion als „Bevollmächtigte für Daseinsvorsorge und Kommunalwirtschaft“ geleistet hat. Frei nach dem Motto: „Wo war ihre Leistung?“ werden wir erfragen, über welche Kompetenzen sie tatsächlich verfügt, in welchen Angelegenheiten der Stadt Wien sie involviert war und ob ihre Funktion gerechtfertigt ist. Die Vermutung, dass es sich bei ihrer Bestellung lediglich um einen Versorgungsposten ihrer Genossen handelt, liegt offenkundig auf der Hand.

Aber auch in anderen Angelegenheiten erzeugen die Rathaussozialisten eine schiefe Optik mit dem Umgang von Steuergeldern. Ob auf dem Stadtwanderweg oder auf der Donauinsel: Die ehemalige SPÖ-Umweltstadträtin Ulli Sima lächelt der Wiener Bevölkerung auf unzähligen Schildern entgegen, egal wohin man geht. Obwohl Sima wusste, dass sie nicht ewig in dieser Funktion bleiben wird, verewigte sie sich in einem Akt der Selbstverliebtheit auf nahezu jeder Informationstafel mit ihrem Porträtbild. Seit der letzten Wien-Wahl und der einhergehenden Personalrochade unter den Stadträten, werden sukzessive alle Sima-Tafeln um hohe Kosten überarbeitet bzw. ausgetauscht. Wir wollen wissen, mit welchen Kosten diese Austauscharbeiten

verbunden sind. Immerhin handelt es sich um das Geld der Wienerinnen und Wiener.

Weiters bringen wir einen Antrag für „Alternative Trainings- und Wettkampfmöglichkeiten für Bahnradfahrer“, einen Antrag auf kürzere Intervalle der Buslinien 43A und 43B (Wienerwaldbus) sowie eine verstärkte Frequenz der Buslinie 38A zum Parkplatz Cobenzl, Leopoldsberg und Kahlenberg ein.

Anfragen betreffend „Auftragsvergabe an den Arbeiter Samariterbund“, zu „Covid-19 Testungen“, „Endabrechnung Krankenhaus Nord – nunmehr Klinik Floridsdorf“, den verschobenen Operationen und medizinischen Eingriffen aufgrund von Kapazitätsfreihaltungen für Intensivbetten für Covid-19 Patienten, die von der Stadtregierung forcierte Massenerrichtung von E-Ladestellen und damit einhergehenden Verlusten von herkömmlichen Parkplätzen werden ebenfalls eingebracht.

Bei Angestellten in systemrelevanten Berufen der Stadt Wien ist es die Verpflichtung des Arbeitgebers, diese mit dem gesetzlich vorgeschriebenen Mund-Nasenschutz bzw. FFP2-Masken zu versehen. In einer Anfrage werden wir diesbezüglich eruieren lassen, ob den Beschäftigten ausreichende Schutzmasken kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Im Zuge unserer Initiativen werden wir gleichzeitig die Nagelprobe stellen, ob es der neue NEOS-Vizebürgermeister Wiederkehr mit der von ihm vielzitierten „Transparenz“ wirklich ernst meint.

Nur die FPÖ garantiert, dass wir uns für die Anliegen der Wienerinnen und Wiener konsequent einsetzen. Ein konkretes Beispiel:



Wir wollten eine neue Untersuchungskommission im Bereich der geförderten Vereine einsetzen, um zu untersuchen, wo es einen Konnex dieser Vereine zum Islamismus gibt. Die ÖVP hat unserem Vorhaben allerdings eine Absage erteilt. Sieht man sich auch das Abstimmungsverhalten der ÖVP im Wiener Rathaus genauer an, dann stellt man fest, dass sie bei sehr vielen unserer Anträge und Initiativen nicht mitgehen – beispielsweise bei der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für österreichische IS-Kämpfer.

Wenn sich die ÖVP aber auf Bundesebene lieber mit den Grünen arrangieren und in Wien mit allen anderen Parteien, außer der FPÖ, dann darf man sich darüber auch nicht wundern und es bewahrt sich das, was wir immer schon gewusst und ausgesprochen haben: Die ÖVP ist eine reine Mogelpackung!

Es gibt viel zu tun! Auf uns ist Verlass. Wir freuen uns über jede Idee, Anregung oder Wunsch.

Du erreichst mich per E-Mail: maximilian.krauss@fpoe.at oder telefonisch +43 1 4000/81797.

Dein

Maximilian Krauss
Klubobmann FPÖ-Wien

Liebe Mitglieder!
Liebe Parteifreunde!

Der wochen- und monatelange Lockdown hat für viele Menschen zu Einsamkeit, sozialer Isolation und gesundheitlichen Schäden geführt. Vor allem unsere Senioren haben darunter zu leiden. Der Bewegungsradius hat sich verkleinert, tägliche Wege, die der Aufrechterhaltung der notwendigen Tagesstruktur dienen, entfallen. Das heißt für die meisten: Viel weniger Bewegung und wesentlich weniger soziale Kontakte. Bei aller Notwendigkeit, die Angehörigen von Risikogruppen zu schützen, haben die Lockdown-Bestimmungen der Bundesregierung bis dato wenig Erfolg gebracht, dafür aber enorme Schäden verursacht und das Leben hat sich für viele von uns grundlegend verändert.

Während andere Parteien auf eine Show- und Pressekonferenzpolitik setzen, haben wir Freiheitliche einen wichtigen Schritt in Richtung einer wirksamen Entlastung für das medizinische Personal gesetzt. Ein von uns eingebrachter Antrag für eine effizientere Dokumentationsassistenz in Spitälern und Pflegeheimen, wurde in der letzten Sitzung des Gemeinderates einstimmig dem zuständigen Ausschuss zugewiesen. Die Aus-

bildung und Einsetzung von Dokumentationsassistenten würde das gesamte medizinische Personal wirksam von der extrem zeitaufwändigen Dokumentationsarbeit entlasten. Der Vorteil liegt vor allem darin, dass die Dokumentation auch von Personen, die nicht die notwendige persönliche Eignung für die Arbeit am Patienten selbst mitbringen, durchgeführt werden kann und damit mehr Zeit und Energie für die Kranken und Pflegebedürftigen frei macht. Wir brauchen dennoch noch viel mehr Menschen, die sich für Gesundheits- und Pflegeberufe entscheiden. Daher müssen Ausbildung, Arbeitsbedingungen und die Entlohnung attraktiv gestaltet werden. Ebenso muss in der mobilen Pflege und Betreuung mehr Zeit für die Klienten möglich gemacht werden.

In Anbetracht der, den Corona-Maßnahmen geschuldeten, prekären finanziellen Situation vieler Menschen und der massiv eingeschränkten Reisemöglichkeiten, werden die Naherholungsgebiete vor allem für uns Großstädter zu einem wichtigen Refugium, die Freizeit gesund und kostengünstig zu verbringen und das wird wohl noch lange Zeit so bleiben. Ich setze mich daher sehr gerne dafür ein, dass die Wanderwege und



Freizeiteinrichtungen im Wienerwald bestens erhalten und in verträglichem Maße ausgebaut werden. Gleichzeitig setzen wir die Initiative für die Intervallverdichtung und fahrgastfreundliche Betriebszeiten der Öffentlichen Verkehrsmittel in diesem Bereich. Ihre Anregungen dazu nehme ich sehr gerne an!

Wie wir alle, freue ich mich schon wieder sehr auf den persönlichen Kontakt mit unseren Mitgliedern und Freunden. Bis dahin stehe ich jederzeit gerne für ein Telefongespräch mit Euch zur Verfügung.

Ihr erreicht mich unter 0664/502 46 44 oder unter veronika.matisek@fpoe.at.

Eure Veronika Matisek
Stv. Obfrau der FPÖ-Wien
gf. Obfrau des Wiener Seniorenrings

Krauss fordert Halbierung der Wahlkampfkostenobergrenze

Parteispenden müssen komplett verboten werden

Der freiheitliche Klubobmann im Wiener Rathaus, LAbg. Maximilian Krauss, fordert auf Landesebene eine Halbierung der Wahlkampfkostenobergrenze von sechs auf drei Millionen Euro. „Ich bin überzeugt davon, dass die Materialschlachten in den Wiener Wahlkämpfen ein Ende haben müssen. Das wäre ein wichtiges Signal von Seiten der Politik.“ Der, von den Grünen auf Bundesebene vorgeschlagenen Reduzierung auf 94 Cent pro Wahlberechtigten erteilt Krauss jedoch eine Absage. „Für Wien wären das lediglich 1,3 Millionen Euro – das würde sich nicht ausgehen. Bei

aller Sparsamkeit muss man die Kirche im Dorf lassen.“ Stattdessen hofft Krauss auf die Unterstützung durch Vizebürgermeister Wiederkehr: „Den NEOS war die sechs-Millionen-Grenze ohnehin immer zu hoch. Ich gehe davon aus, dass die Pinken unseren Vorstoß nicht nur aufgreifen sondern unterstützen werden.“

Zusätzlich verlangt Krauss zukünftig ein Spendenverbot an Parteien. „Im Sinne der Unabhängigkeit und Transparenz könnte Wien österreichweit eine Vorreiterrolle einnehmen und ein deutliches Signal setzen.“